

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 51
November 2023

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Fühlt die
Landesregierung sich
diskreditiert?

CDU-Kandidat sieht
keinen Sinn

Thüringen bekommt
neues Bündnis

Letztes aus der BRDada



Stadtgespräch

Die dunkle Seite der Sonne

Die Grünen sind die angefeindete und gehasste Partei, man kann sich wirklich nicht vorstellen, warum, wenn man nicht weiß, aus welchem politischen Bereich die meisten Angriffe kommen, und das wollen wir auch nicht. In der Uni fand sich in den Zeitschriftenständern das Heft „Sonnenseiten“ von Bündnis 90/Die Grünen Jena, vollfarbig gedruckt, dickes Papier, was aber der Sparsamkeit dient, denn sonst müssten noch mehr Seiten für das gleiche haptische Empfinden bedruckt werden.

„Eine Zeitung für Jena“, so der Untertitel, was die Angst nehmen soll, da könnten noch mehr lauern.

Und so süß, „Weil wir hier leben!“ lautet die Titelseite mit Sonnenblume und Jena-Panorama, die allgemeine Antwort auf alles. Warum? Weil wir hier leben!, mit Ausrufezeichen.

Auf der Rückseite was zum Gewinnen, Rätsel, zum Beispiel: *Wonach sind in Jena die meisten Straßen benannt?* Bekanntlich nach Männern.

Na und drinnen erst, Fotos wie vom Profi, wir Älteren erinnern uns an die Deo-Werbung, wo eine Frau auf dem Fahrrad durch eine Beregnungsanlage fährt, so ähnlich mit der Stadtteilbürgermeisterin im Trockenen, damit sie nicht nass wird, *Verkehrswende, unterwegs für mehr Inklusion*, und Infos von den Sprechenden: „Politik vor Ort spielt die entscheidende Rolle für ein lebenswertes und nachhaltiges“, die Grünen schaffen es also locker, mit der künstlichen Intelligenz mitzuhalten, und da sehen wir sie alle, *engagiert im Stadtrat*, die ganze Stadtratsfraktion ganzseitig vor der geschlossenen Ratszeise, sie zeigen ihre Kompetenz, gleichzeitig in die Kamera zu gucken, die grüne Fahne vor die binären Teile zu halten und dabei Klima zu sagen, na und wofür sie sich erst einsetzen, eine Toilet-



te für alle, die bisherigen kommen einem nur so vor, „für mehr Grün in der Stadt, Trinkwasserspender und Klimaschutz“, „Mobilität neu denken“, „Gemeinsam Barrieren abbauen“, und die Grüne Jugend zeigt: „Klare Kante“. Soll es auch mehr Geschlechtergerechtigkeit geben und sollen mehr Frauen sichtbar gemacht werden? Eine Geoanthropologin vom Max-Planck-Institut setzt genau da an.

Wenn wir mit dieser Publikation erfreut werden, fragt man sich, und wir stellten diese Frage der Uni-Pressestelle, nach welchen Maßstäben die Uni darüber entscheidet, welche weiteren Parteien ihre Zeitschriften in der Uni auslegen können.

Wir erhielten zur Antwort, „diese Zeitschriften sind ohne unsere Genehmigung ausgelegt worden und werden daher entsorgt.“ ●



Zwischenbescheid in der Zipf-Affäre

Den zuletzt wahrzunehmenden Darstellungen zufolge ist die Höhe der Zahlungen an Jonas Zipf als Abfindung nicht offengelegt, der Oberbürgermeister will nicht und sieht keinen Grund. Wie man sich vielleicht erinnert, wurde Amtskulturchef Jonas Zipf hinauskomplimentiert, weil wegen eines angerichteten Schadens in, so heißt es, der Größe von hunderttausend Euro offenkundig wurde, dass er von Kultur nicht so recht was versteht, was natürlich kein Grund zur Entlassung wäre. Vielleicht wäre er als Dezerent eher hinauswerfbar gewesen. Sein Aufhebungsvertrag soll mit einer abfindungsartigen Zahlung hergestellt worden sein, was manche gern genauer wüssten, andere hingegen nicht.

Aber wenn Geld fließt, können auch Nebenflüsse strömen, denn Geld kann auch bergauf fließen.

Wir ersuchten darum die städtische Pressestelle um die Auskunft, ob der Herr Oberbürgermeister an der wie auch immer gearteten Abfindung einen wie auch immer gearteten Rückfluss an der Zahlung, Provision oder Begünstigung, für sich oder Dritte, mit Zipf abgesprochen hat.

Die Pressestelle antwortete: „Wir können Ihre Anfrage mit Nein beantworten.“ ●

Wildschwein

In Lobeda wurde ein Wildschwein angetroffen. Es wurde in den Wald geführt, wo es mutmaßlich seinen Wohnsitz hat, denn da es sich nicht ausweisen konnte, ging man davon aus, dass es ein biologisches Wildschwein ist und kein Bewohner Lobedas, der sich als soziales Konstrukt Wildschwein identifiziert. Für die Stadt bedeutet dieses Vorkommnis das Signal, dass es längst überfällig ist, einen Wildschweinbeauftragten einzusetzen.

Geschützter Auftritt

Der Auftritt des Kabarettisten Uwe Steimle fand unter Polizeischutz statt, wegen welcher eventueller Bedrohungsgefahr von mutmaßlich wem wurde nicht gemeldet. Dann sollte er wohl davor geschützt werden, sich zum Opfer zu stilisieren.

CSD

Die Kundgebung für Gebesser- und Geschlechtervielfalt fiel kleiner aus als letztes Jahr. Offenbar ist der Druck auf queere Menschen so gewachsen, dass sie sich

WIR SAGEN NICHT
HAMAS-TERRORISTEN,
SONDERN
OPFER VON HAMASOPHOBIE!



mehr verstecken müssen. Entsprechend klein war die Gegendemonstration, nämlich gar nicht.

Inszenierung

Das Theaterhaus bringt die neue Inszenierung „Die Hundekot-Attacke“. Damit wird das Theaterhaus Anwärter für den Theaterpreis in der Kategorie Zivilcourage.

Flugblatt

In der Universität findet sich das zu den in der Stadt klebenden Aufklebern gehörende Flugblatt „Bist du Marxist?“. Daran sieht man, dass es eine Wende gegeben hat; jetzt wird man gefragt. Die Frage ist nicht grundsätzlich abwegig, man hätte sie nur mal der Kanzlerin stellen sollen. Die beworbene Veranstaltung richtet sich an Menschen, die sich engagieren wollen, ohne an die menschengemachten Grünen zu glauben.

Aufbruch

In einer Schule haben mutmaßlich Unbekannte den Schultresor aufgebrochen und Geld entwendet. Unser Schulsystem kann also doch für Aufbruch stehen, und man kann etwas fürs Leben mitnehmen.



„Das hat keinen Sinn!“, bricht der Kandidat am CDU-Stand das Gespräch ab

EIN SCHÖNES ZEICHEN GEHT DAVON AUS, DASS TAGE DES ZORNS AUSGERUFEN WERDEN UND NICHT TAGE VON HASS UND HETZE.



CDU-Stand mit Schirmchen zwischen Stadtkirche und Blumenladen, der Kandidat will in den Stadtrat und in den Landtag. Osttangente, lebenswerte Stadt, Verkehr und Umwelt, solche Sachen stehen auf der Aufstellertafel,

und man kann mit Tischtennisball-Abstimmung für oder gegen den als Osttangente bezeichneten Straßenplan sein.

Eine Passantin hat ausgerechnet, dass ohne Autos der Verkehr billiger würde.

Zur Überraschung des Kandidaten wird er unvermittelt, von uns, mit einem Themenwechsel konfrontiert.

Nahostkonflikt.

Was damit sei?

Was er dazu meine.

Er guckt.

Und guckt.

Und grübelt vermutlich, was von einem Lusch erwartet wird zu sagen. Da hat wohl die Partei noch gar nichts vorüberlegt.

Und guckt. Und guckt.

Zu lange. Durchgefallen.

Das sei ja gar kein Stadthema, rückt er heraus.

Ja, aber die Stadt lässt auch Geld fließen für welche, die auch kein Mandat haben, da muss man doch erfahren, ob er eine Meinung hat.

Das hat keinen Sinn! Damit beendet er das Gespräch mit dem Bürger.

Die CDU will anscheinend nicht behelligt werden mit anderen als grünen Themen, um nicht in den Verdacht zu geraten, in paragrünen Feldern zu fischen.

Etwas anderes besprechen zu wollen, hat keinen Sinn. Wenn er es schon selber sagt. ●

Rote Schlängellinien um den Schlussstrich

Wir hauen auch Sachen durcheinander, das hier ist nicht umsonst eine Seniorenzeitung.

Die Lokalpresse pflegt, den Bewusstseinsstrom, literarisch stream of consciousness genannt, auf mehrere Artikel mehrerer Verfasser aufzuteilen, so mit wiederkehrenden und anschließenden Elementen zu Toleranz, Intoleranz, Vielfalt, Stolpersteinen, Antisemitismus und Schlussstrichdebatten, wobei es den besagten Schlussstrich nicht geben dürfe, wem immer man damit widersprechen wolle.

Darum fragten wir bei einer Redakteurin, ob sie in ihre Forderung, den Schlussstrich dürfe es nicht geben, die auf Englisch skandierende Parole der propalästinensischen Demonstranten, „Befreit Palästina von der deutschen Schuld!“ einbezieht oder nicht einbezieht.

In ihrem Artikel war der Schluss-

strich aber gar nicht vorgekommen, was sie von einer inhaltlichen Antwort selbstverständlich entbindet.

Der Universitätspräsident war es, zitiert in einem Artikel vom Tag davor.

Fragten wir also das Entsprechende bei der Pressestelle der Uni.

Wir erhielten die Rückfrage: „*Der Präsident hat sich im Zusammenhang mit der Verlegung von Stolpersteinen für Euthanasie-Opfer zur Verantwortung der Universität, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, wie folgt geäußert: ‚Die Auseinandersetzung der Universität mit ihrer Geschichte im Nationalsozialismus wurde in der DDR und noch darüber hinaus durch eine Schlussstrich-Mentalität blockiert. Auch wenn die Beschäftigung mit den NS-Verbrechen nichts ungeschehen machen kann und auch für eine*

Wiedergutmachung nicht taugt – sie ist eine Notwendigkeit. Das Wissen über die Universität und die Medizin im Nationalsozialismus ist dabei kein Selbstzweck. Wir brauchen es, um wiederaufkeimenden Geschichtsrevisionismus zu bekämpfen.‘ In welchem Zusammenhang zur Universität steht Ihre Frage?“, worauf wir präzisierten: Der Bezug zur Universität besteht, es sei denn, es wird anders gesehen, in der deutschen Schuld, zu der die angesprochenen Verbrechen gehören. Eine Forderung nach „Befreiung Palästinas von deutscher Schuld“ wäre – das ist, worauf die Frage zielt – der angesprochene Geschichtsrevisionismus oder Teil davon, sofern nicht der Herr Präsident a.D. eine andere Einordnung vornimmt.

Inzwischen ist seine Amtszeit beendet und die Sprecherin nicht mehr zuständig. Bleibt die Sache also im Dunkeln. ●

Kann das was werden? Kleinparteien schließen Bündnis für Thüringen, aber ohne Sahra Wagenknecht

Ute Bergner, das ist die, die aus der FDP und der FDP-Landtagsfraktion ausgetreten ist, um „Bürger für Thüringen“ als Partei anzubieten, hat festgestellt, dass die Reaktionen der Presse auf den Zusammenschluss zum Wahlbündnis „Bündnis für Thüringen“ vergleichsweise nüchtern, geradezu sachlich, und empörungsfrei geschrieben sind. Hinter der Be-

zahlsschranke und im Blatt geht es, was auffällt, gar nicht mehr so hämisch zu, wie man noch vor kurzem erwartet hätte.

An Abnutzung und Ermüdung kann es nicht liegen, die Ressourcen wären erneuerbar.

Ute Bergner meint, man habe keine Angriffsfläche geboten. Aber das hat sie gar nicht zu entscheiden, die Presse braucht keine An-

griffsfläche. Irgend ein Foto mit irgendjemandem ließe sich aufreiben.

Vielleicht, aber das ist nun wieder unser Misstrauensnarrativ, beherzigt man inzwischen wieder Ulbricht und seine klare Haltung, es müsse demokratisch aussehen. Wo ginge das besser als bei einer Angelegenheit, die das demokratische Versprechen ausgemacht hat: Ihr könnt wählen, wen ihr wollt, und selber kandidieren oder eine eigene Partei gründen und euch zur Wahl anbieten.

Möglich, dass die Parteipresse erwartet, das Thüringer Bündnis werde für die FDP das tun, was Sahra Wagenknecht für die Linkspartei zu tun sich anschickt. Indes war jene damit geschickter, sie hat erst lange danach rufen lassen und dann, mit der Parteigründung, das erste Versprechen bereits erfüllt. Außerdem hat sie aus ihrem eigenen Fehler gelernt, es erst mit einer Bürgerbewegung versuchen zu wollen. Die Bürger wollen Kader.

Ramelow hat auf Ehemals-Twitter irgendwas mit BüfÜthü getwittert, was die Bündnisthüringer sogleich als Namen für ihr Maskottchen verwenden. Der Mann muss eine Zeit haben.

Das Maskottchen ist nicht der einzige Inhalt. Vernünftiges wird in verständliche Parolen gebracht. Dies allein wäre schon ein Alleinstellungsmerkmal, wie es ja alle haben wollen. Wie groß das Potential ist, damit nicht alleine stehengelassen zu werden, wird sich zeigen.

Wenn aber die Öffentlichkeitsarbeit darin besteht zu glauben, die Presse werde ihre Bösartigkeit woanders auslassen, wenn man nur keine schlimmen Sachen sage oder tue, ist der Politikbetrieb vielleicht noch nicht ganz verstanden. ●



Wenn du so pauschal von
"der" Verlogenheit "der" Grünen
schwadronierst, differenzierst
du nicht zwischen denen, die
es selber glauben, und solchen mit
vielleicht anderer Motivation.
Ich jedenfalls sehe mich nicht bei
den aktiv Lügenden!

Frage an Radio Steinmeier: Gilt die Bürgerpflicht für alle hier Lebenden und gegen welche Randgruppen wäre sie einzusetzen?

Der Hohe Repräsentant der geistigen Lähmung hat bei der Kundgebung für Solidarität mit Israel und gegen Flächenbrand, in der Pause zwischen den propalästinensischen Kundgebungen, nicht nur eine klare Kante aufgesetzt, sondern auch deutliche Wörter zum Ausdruck gebracht. So formulierte er die unterstützenswerte Forderung, Schutz jüdischen Lebens sei Bürgerpflicht.

Das heißt, die Bürger müssen einspringen, wo der Staat nicht schnell genug da ist, oder so, Staatsbürgerräson halt.

Damit keine Rechtsunsicherheit besteht, fragten

wir bei der Pressestelle des Bundespräsidialamtes nach der Klarstellung, ob besagte Bürgerpflicht sich auf Inhaber deutscher Staatsbürgerschaft beschränkt oder auch auf andere hier Lebende erstreckt, ferner baten wir um eine Abwägungsorientierung, ob

die Forderung einschließt, auch gegen Personen oder Gruppen marginalisierter Identität einen solchen Schutz praktisch durchzusetzen.

Wobei festzuhalten ist, dass er das mit den allen, nicht nur Staatsbürgern, so gesagt hat, dass es so zu verstehen sein soll.

Unsere Frage war da etwas unpräzise, wir erhofften uns einen Ausblick, wie denn diese Bürgerpflicht durchzusetzen wäre bei Nichtbürgern und welche staats- und verfassungsrechtlichen Mittel es dafür gäbe.

Schaffen es nicht zu antworten, jedenfalls bis jetzt. Wenn was kommt, geben wir es durch. ●



Befürchtung, die Landesregierung könnte sich in die linke Ecke gestellt fühlen

In der Presse ist vom Abbruch der Vernehmung des Zeugen Maaßen zu lesen, weil er die Thüringer Landesregierung als linksextremistisch bezeichnet habe und der Zeitung zufolge der „legalistische Linksextremismus“ ihm Sorge bereite, „da mit Bodo Ramelow und seiner Partei Linksextremisten in diesem Land regieren, die zum Teil bis zur Verantwortungsübernahme von Ministerin Faeser beobachtet wurden“, wird er zitiert.

„Die Linke sah darin eine Diskreditierung der Landesregierung und des Thüringer Verfassungsschutzchefs“, so die Presse.

Die Linken taten, was alle Infantilen getan hätten: wollten nicht mehr, brachen ab.

Was heißt das nun, hat da einer zu viel gewusst? Wäre das eine Methode, um zu vermeiden, als Zeuge aussagen zu müssen?

Wir ersuchten die Pressesprecherin der Thüringer Staatskanzlei um die Auskunft, ob die Regierung die Einschätzung, diskreditiert zu sein, teilt, ferner baten wir in diesem Falle um die Klarstellung, ob die Regierung sich nicht als linksextrem sieht oder lediglich nicht so bezeichnet werden möchte, sowie um die Mitteilung, ob die aufgestellte Behauptung, dass einige beobachtet worden waren, zutreffend oder unzutreffend ist.

Die neue Regierungssprecherin, Abteilungsleiterin Government Spokesperson, Head of Department antwortete uns dankenswerterweise zeitnah: „Zur Beantwortung verweise ich, auch weil Thüringen just am heutigen Tag ihren 30. Geburtstag begeht, gern auf die Verfassung unseres Freistaats, insbesondere Artikel 70 ff. Extremisten stellen Verfassungen

und die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung infrage. Sie können daher keine Regierung stellen. Was die Beobachtung des heutigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow durch den Verfassungsschutz betrifft, gibt es ein klares Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2013. Danach war diese verfassungswidrig. Ich denke, diese Hinweise sollten Ihnen ermöglichen, den Auftritt von Herrn Maaßen einzuordnen. Er trug damals als Chef des Verfassungsschutzes die Verantwortung.“

Was so viel heißt wie: Wenn er recht hat, hat er recht, aber nur dann, und das kann nicht sein. Was ja zu der Frage geführt hat.

Und die Sprecherin macht den Bürgern keine Vorschriften.

Ordnen wir den Auftritt also als Hetzjagd ein. ●

Nur ärgern, nicht wundern

In Jena heißt es bei Einzelvor-kommnissen, es sei ja noch nicht so schlimm wie in Erfurt, und in Erfurt ist noch nicht der Berliner Zustand erreicht, was die Stadt angeht. Für die Landesregierung garantieren wir nicht, erwarten allerdings auch nicht, dass sie nach Berlin schaut, um einen Blick in die Zukunft zu riskieren, und wurden in dieser Nichterwartung auch bestätigt.

Der Thüringer Innenminister hatte seinerzeit gewarnt, mit Extremisten demonstrieren zu gehen, insbesondere missbilligte er die Russlandfahne auf den Montagsdemonstrationen. Wir fragten bei seiner Pressesprecherei an, ob die Aufforderung des Herrn Ministers, nicht an Demonstrationen teilzunehmen, wo Extremisten demonstrieren, und erst recht nicht an nicht genehmigten Demonstrationen, auch bezogen auf die pro-palästinensischen Demonstrationen gilt und ob er das Zeigen der Palästinafahnen missbilligt.

Der Pressemensch antwortete uns, „das Versammlungsrecht basiert auf rechtsstaatlichen Grundsätzen. Die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen ist ebenso unzulässig wie das Zeigen vorab verbotener Symbole/Fahnen etc. Dies entscheidet die jeweils zuständige Versammlungsbehörde.“

Uns liegen aktuell keine Hinweise/Anzeigen zu pro-palästinensischen Versammlungen in Thüringen vor. Insoweit ist eine



Antwort auf die Fragestellung ob-solet.“

Sehr erfreulich, wenn ein Minister zu einer Sache nicht besorgt ist, da ist die Demokratie von da aus nicht gefährdet. Und wenn er feststellen muss, kollektiv getäuscht worden zu sein, sagt er es ja.

Es gibt bislang keine Hinweise, dass die pro-palästinensische Szene in das Netzwerk von Heinrich XIII. und seinen Umsturzputschisten vernetzt wäre oder in die Pandemieverneiner, deren Impfverweigerung strukturell antisemitisch war.

Oder sieht der Verfassungsschutz es anders?

Ob die pro-palästinensischen Demonstrationen trotz Verbotes mit den bekannten Ausschreitungen gegen Polizei und mit der

Ausrichtung gegen die Staatsräson der Sicherheit Israels dem Phänomenbereich verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates zugerechnet werden, fragten wir beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Geantwortet wurde uns: „Im aktuellen Demonstrationsgeschehen nehmen u.a. das Netzwerk ‚samidoun‘ sowie HAMAS-Sympathisanten eine relevante Rolle ein, die dem auslandsbezogenen bzw. islamistischen Extremismus zuzuordnen sind.“

Samidoun? Uns weist der Verfassungsschutz auf Samidoun hin?

Da überschätzt er uns aber etwas, mit Agora-Energiewende können wir uns wirklich nicht anlegen, wir sind hier nicht die Olsenbande.

Noch was.

Heiko Maaas hatte, als Bundesjustizminister vor acht Jahren, festgestellt: *Es gibt keine Islamisierung.* Wir fragten beim Bundespresseamt, ob es inzwischen eine gibt.

Man verwies uns an das Bundesjustizministerium.

Die überlegen noch. Möglicherweise würden Teile der Antwort die Bevölkerung verunsichern.

In Jena wären es überwiegend die anderen Teile. ●



Was würde Jenawohnen tun?

Wie die Süddeutsche Zeitung zuerst berichtet hat, wird eine gesetzliche Grundlage, im Boulevardzeitungsstil Anschwärzgesetz genannt, ermöglichen, dass der Verfassungsschutz inländische Stellen und das Umfeld wie Vermieter darüber informiert, dass Personen beobachtet werden.

Da zeigt sich der Rechtsstaat; da wird eine Gesetzgrundlage geschaffen.

Wir baten Jenawohnen um die Auskunft, wie Jenawohnen mit einer solchen Information umzugehen plant, ob neben Mietvertragskündigung andere Maßnahmen in Betracht gezogen werden und ob Jenawohnen unterscheiden würde nach Art der Radikalisierung (links, rechts, islamistisch).

Die Frage war etwas kurzfristig gestellt, und vermutlich hatte gerade jemand Brückentag, wir geben durch, wenn die Antwort eintrifft.

Was allerdings noch länger dauern kann; gut möglich, dass die Zuständigen nicht alleingelassen werden wollen mit solch schwierigen Entscheidungen und erst umfassend geschult werden.

Bestimmt gibt es auch Hilfen in Form von Info-Material und Sprechstunden mit Ansprechpartnern für die Mieter, es gar nicht so weit kommen zu lassen, sich zu radikalieren, was man am besten unter Beweis stellt, indem man auch auf die Nachbarn aufpasst. Die Situation erfordert, dass Jenawohnen zumindest eines nicht sagt: Der Dienst soll uns den Buckel herunterrutschen!



Vorhut der Öffentlichkeitsarbeiterklasse

Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass wir drei Viertel des Heftes mit Antworten von Presseabteilungen auf unsere Anfragen füllen, wir haben nun mal keine Zeit, alles selbst zu generieren.

Manchmal sind unsere Fragen zu unwichtig, als dass man sie beantworten wollte, oder der Zeitpunkt ist ungünstig, weil sich alles so schnell ändert.

Jetzt hat eine Presseabteilung eines Bundesministeriums eine neue Variante gefunden, uns zu hindern, auf ihre Kosten Platz zu füllen. Wir fragten sinngemäß, worauf das Ministierende seine Gewissheit stütze, es kam ein Antwortschreiben mit einer Mitteilung „unter 3“ und einem Link als Recherchehinweis. „Unter 3“ bedeutet, nicht zitieren, keine Rückschlüsse geben, „das habt ihr nicht von uns!“ Und das Verlinkte war völlig unbrauchbar.

Das heißt, jetzt können wir nicht einmal mitteilen, was wir gefragt haben und wen.

Wir können nicht einmal sa-

gen, ob wir erwartet hätten, auf so schlaue Mitarbeiter des Ministierenden zu treffen, das würde schon wieder Rückschlüsse zulassen.

Obwohl, nein, würde es nicht, wir hätten es von niemandem aus dem Bundeskabinett erwartet und aus keiner Landesregierung, es gibt also keinen versteckten Hinweis, außer darauf, dass wir zu negativ sind und manchmal ruhig das Zweitschlechteste erwarten können.

Damit Sie das auch können, müssen Sie das Senioren-Akrützel in Eigeninitiative digital beschaffen, herunterladen auf www.seniorenakruetzel.blogspot.de ohne Datenabschöpfung und ohne Bezahlschranken, nur machen müssen Sie es selbst, oder per eMail anfordern an Senioren-Akruetzel@web.de (web! Nicht @gmx.de!), dann verpassen Sie nichts und kriegen eine leichte Ahnung, wie eine Zeitung sein könnte, wenn sie so wäre, wie sie zu sein hätte.

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Druckerei Schöpfel, Weimar, Auflage 5.000

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de



Pressefälle, wo auch das AKRÜTZEL aufgeben muss

Wie Sie es von uns gewohnt sind, befassen wir uns mit dem, was uns vorgesetzt wird, hauptsächlich in Presse und Funk, und arbeiten heraus, warum man es sich nicht vorsetzen zu lassen braucht, so dass man es am besten nicht tut, bevor man merkt, dass man es lieber nicht täte.

Aber uns ist die Presse immer eine Schleimspur voraus, und besonders eilfertige Journalisten

würden bestimmt Stein und Bein schwatzen, dass, wenn es alle machen, es nicht korrupt ist.

Zu dem Hamas-Terror in Israel bringt die Thüringer Hauptstadt- und Presse eine Meinungsspalte von einem, dessen Namen man schon gar nicht mehr in die Tastatur nimmt, *Krieg ist wieder*, das stimmt, *hinter der Hamas steckt der Iran*, das stimmt, *hinter Iran Russland*, das stimmt wohl auch,



aber wer steckt hinter den Jublern in Berlin und hinter dem Zentralrat der Relativierer? Wer hinter dem Schüler, der eine Prügelei mit dem Lehrer beginnt, weil der ihm die Palästinenserfahne in der Schule verbieten will? Wer hinter den Documenta-Leuten, die sich mit den Mördern solidarisieren wie auch ein Berliner Clanchef? Wer steckt hinter der Heinrich-Böll-Stiftung, wo man erschrocken war über den Friedensvertrag zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten?

Sagt er nicht, ist doch der Verfasser nunmehr bei der Weltlage angekommen, und da sind die globalen Bedrohungen die Rückkehr des Trump und die Wahlen in den Ostländern, wo ein Erstarken von Wahlergebnissen zu befürchten ist.

Von islamischem Mordkrieg gegen Juden kommt er zu Trump und Gegenpartei. Nicht einmal mehr mit Rabulistik, ohne gedankliche Verrenkungen, ohne Anschein von Sachbezug.

Unterster Debes ist das; der zum Effekt gebrachte Antisemitismus ist nicht einmal das Motiv, nur milieukompatibles Abschirmen. Die Abgehobenheit des grünlinken Sumpfes besteht gar nicht darin, im Intershop einkaufen zu

können oder keinen normalen Leuten zu begegnen, sondern in der Voreinstellung, mit der alles und alle in die Denkmuster eingeordnet werden.

Sein Milieu hätte es ihm schwer verübelt, wenn er was geschrieben hätte, das den Israelischen Verteidigungskräften in die Hände spielen könnte. Also kommt er auf die Idee gar nicht erst, aus tiefster Überzeugung.

Und da müssen auch wir kapitulieren, da gibt es für uns nichts mehr, um es süffisant zu zerlegen und die Mentalversumpfung in der Sinklochpresse herauszustellen. Auch ein wei-

terer Artikler, wir wissen nicht, ob er mal gut war, würde es weit von sich weisen, als Hamas-Kollaborateur angesehen zu werden, er leistet allenfalls humanitäre Hilfe am grünlinken Milieu, das Stoff braucht, um seine Theorien zu erhalten, er schreibt pflichtschuldigst, Antisemitismus auch bei uns; der Leiter der Gedenkstätte und die Stolpersteine, diese Fälle. Es muss ihm Mühe gemacht haben, nicht Flugblattaffäre zu schreiben.

Die Schändung der Stolpersteine ist ohne Frage übel, und ohne Frage bedeutet, es ließe sich niemand finden, der dazu irgendwas Rechtfertigendes vorzubringen hätte. Aber ein Aber: das entspricht doch sehr dem, wie sich linke Verfassungsschützer die Rechten vorstellen. Umso verwunderlicher, dass man da noch niemanden geschnappt hat. Es könnten eben auch propalästinensische Aktivistinnen gewesen sein, und dann, ja dann, wäre „Klang der Stolpersteine“, da werden die Stolpersteine besungen, dann wäre das tatsächlich, wofür der Ausrichter ausgezeichnet wurde: Zivilcourage.

Aber schon wieder zu viel Ablenkung. Dies und irgendwas mit staatsbedienstetem Gedenkstättenleiter in den Text einzuarbeiten und in den Kontext mit den Terrormorden zu stellen, das ist eine einzige Obszönität, Relativierung der Holocaustfortsetzung und sagt allein etwas über die Prioritäten unseres herrschenden Ungeistes.

Unsere Kultur wird beherrscht von Leuten, denen eine kulturelle Bereicherung ganz gut tun würde, aber die Fähigkeit zur kulturellen Aneignung ist ihnen nicht gegeben. Einheitsvielfalt ist alles, was sie dulden. Das imaginäre Volk der Palästinenser haben sie nach ihrem Wunschbild geformt und lassen sich in ihrem vor Mikroaggressionen geschützten Räumen nicht gern durch Realitätsnarrative kränken. Da gilt es als nicht antisemitisch, die Charta der Hamas umzusetzen, hingegen als antimuslimischer Rassismus, kritisch zu sagen: Wenn eure Religion barbarischen Mord beinhaltet, dann macht euren Islam allein!

Es kann dahingestellt bleiben, weil es völlig egal ist, ob Katrin

Göring-Eckardt insgeheim gedacht hat oder nicht gedacht hat: „Dieses Land wird judenfeindlicher, und ich freue mich drauf!“ Spielt keine Rolle, ob sie das gemeint hat, das ist der reale Gehalt ihrer Aussage. Das ist, was geschehen ist. Was sie vielleicht

glaubte zu meinen: Das Land wird grüner werden. Das ist gleichwohl geschehen, mit Land und Leuten. Die Journalisten freuen sich weiter, auch wenn es mal zwischendurch Störungen der Laune gibt. Das Weltbild ist nicht betroffen, das machen sie selbst.



Jenaer Impressionen

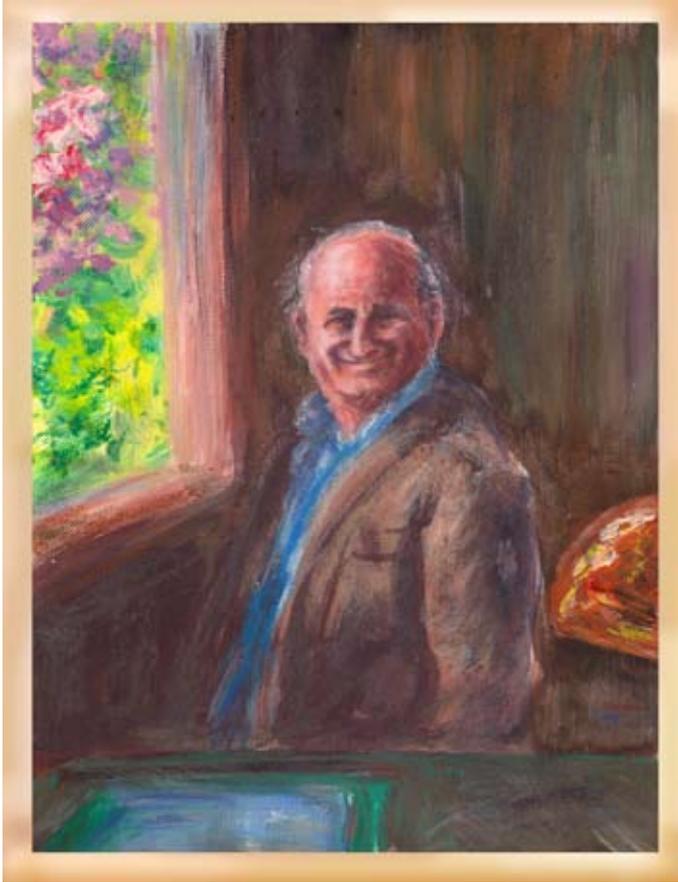


Reklame

Geschenktipp

Individuell und trotzdem ungewöhnlich:

Porträtgemälde



Günstiger, als Sie denken,
nämlich 1.500,- Euro

03641-619434



Noch günstiger, aber
halt weniger exklusiv:
Porträtzeichnung
150,- Euro
Auch 03641-619434



100 Cartoons, Hardcover, 20 Euro
Dieses und andere Bücher mit
provozierenden intoleranten und
geradezu aufreißerischen Cartoons
mit zu wenig Gnade
unter www.solibro.de

Müssen Sie gucken: Senior-Influencer



Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de

Ende der Reklame



Meldetelefone überlastet mit Anzeigen, für die sie gar nicht gedacht waren



Meldestellen für Meldungen von Fällen unterhalb der Strafbarkeit, etwa Antifeminismus-äußerungen, schienen eine gute Idee zu sein. Doch es häufen sich eingehende Meldungen von Jubelfeiern über Hamas-Anschläge und ungunstigen Äußerungen von marginalisierten religiösen Gruppen über andere Randgruppen. „Da stoßen wir an Grenzen, dafür sind wir nicht da“, heißt es von den Bearbeitenden. Die Bürger werden gebeten, auf so was zu verzichten im Interesse der bunten Vielfalt des überwiegend friedlichen Zusammenlebens.

MEINUNG *Kein Spiel auf dem Rücken der Glaubwürdigkeit*



Wer Themen setzt, übt eine besondere Verantwortung aus. Die Versuchung, nach Applaus zu heischen, darf nicht die Kontrolle über die Oberhand gewinnen. Das wäre ein Zündeln an dem Pulverfass der Demokratie, das überzulaufen droht.

Dienst warnt vor Phänomenbereich Nachrichtenbasierte Delegitimierung des Konsensbestandes



Diejenigen, die schon immer die Moslems des Islams bezichtigten, wollten damit eigentlich die Axt an den vermeintlich diktierten Konsens legen, um die angebliche Meinungsführerschaft zu delegitimieren, und wittern nun Morgenstunde. Zu diesem Befund kommt eine Studie des Bundesamtes für Parteischutz im Auftrag von Renate Künast. „Das haben wir uns immer gewünscht“, sagte sie.

Überraschung, aber jetzt auch keine so große: Miss Letzte Generation ist biologische Frau

Wer nicht sonderlich trans ist und auch sonst beide Hände frei hat, engagiert sich vorzugsweise da, wo niemand wegen Überqualifikation zurückgewiesen wird, bei den Freunden und Helfern der Polizei, die nicht allein die Straße zum Protest absperren kann. Wenig verwunderlich also, dass die Frauen sogar nach hergebrachten Maßstäben gut aussehen können und die Wahl zur Miss Letzte Generation von einer solchen gewonnen wurde. Warum nicht, wenn es sowieso schon zu heiß ist.

